



**Die CDU-Fraktion sieht die Stadt Stuttgart nun in der Verantwortung, im besten Interesse der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu handeln. Daher beantragen und fragen wir:**

- 1.) Wir ersuchen den Oberbürgermeister unverzüglich vor Beginn des Frühlingsfestes am 20.04.2024 auf dem Cannstatter Wasen eine Allgemeinverfügung zu erlassen, die den Konsum der Droge Cannabis auf dem Veranstaltungsgelände zur Wahrung des Jugendschutzes untersagt.
- 2.) Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeit, eine Allgemeinverfügung zu erlassen, um das Konsumverbot der Droge Cannabis in Fußgängerzonen, – nach Möglichkeit auch in Parks und Naherholungsgebieten – die von Minderjährigen frequentiert sind, über 20 Uhr hinaus auszudehnen. Zu diesen Orten sollten beispielsweise die Königstraße, der Schlossplatz, der Eckensee, der Schlossgarten oder der Max-Eyth-See gehören. Wir bitten um einen Bericht im nächsten Verwaltungsausschuss.
- 3.) Die Verwaltung erläutert, wie die Landeshauptstadt als Trägerin der örtlichen Jugendhilfe ihrer gemäß § 7 Absatz 3 des CanG festgelegten Verpflichtung zur Implementierung geeigneter Frühinterventionsprogramme nachkommen wird.
- 4.) Die Stadtverwaltung erläutert, ob sie aufgrund der Legalisierung der Droge Cannabis einen erhöhten Bedarf an Kapazitäten im Zentrum für Seelische Gesundheit des Klinikums Stuttgart erwartet und falls ja, wie sie diesem begegnen möchte.
- 5.) Die Verwaltung stellt im Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss in einem Bericht da, welche Auswirkungen das neue Gesetz auf Kinder, Jugendliche und die ganze Stadtgesellschaft hat und welche Maßnahmen das Gesundheitsamt ergreifen wird, um die Gesundheit vor allem von Kindern und Jugendlichen zu schützen.

**Abschließend möchten wir betonen, dass wir uns der Tatsache bewusst sind, dass es bisher noch keine gerichtlichen Urteile zum neuen Cannabisgesetz gibt und eine richterliche Bewertung noch aussteht. Dennoch halten wir es für wichtig, dass die Stadtverwaltung entschlossen handelt und mutig voranschreitet, um unsere Kinder und Jugendlichen vor der Droge Cannabis zu schützen. Dabei sollte sie einem möglicherweise richtungsweisenden Gerichtsurteil nicht ausweichen.**

(gez.)  
Alexander Kotz  
Fraktionsvorsitzender

(gez.)  
Beate Bulle-Schmid  
Stv. Fraktionsvorsitzende

(gez.)  
Bianka Durst

(gez.)  
Dr. Klaus Nopper

(gez.)  
PD Dr. Markus Reiners

(gez.)  
Fred-Jürgen Stradinger